



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der luxemburgischen Ratspräsidentschaft der EU 2015

Am 1. Juli 2015 hat Luxemburg für die zweite Jahreshälfte 2015 den Vorsitz im Rat der EU (EU-Ratspräsidentschaft) von Lettland übernommen. Es setzt damit die aktuelle Trio-Ratspräsidentschaft der Länder Italien, Lettland und Luxemburg fort. Das Hauptziel dieser Trio-Ratspräsidentschaft besteht darin, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden und das Wachstum in der Union anzukurbeln. In seinem Programm für den Vorsitz hat Luxemburg die folgenden Themen als Schwerpunkte benannt:

Bei dem Themenkomplex **Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung** steht die Schaffung von Arbeitsplätzen im Fokus. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zu. Zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung innerhalb Europas will Luxemburg in seiner Ratspräsidentschaft zudem die Grenzen zwischen den Kapitalmärkten der Mitgliedstaaten abbauen, um neue Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Zudem sollen die Bemühungen um eine tatsächliche europäische Industriepolitik unter dem Vorsitz Luxemburgs im Rat fortgesetzt werden.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der luxemburgischen Ratspräsidentschaft ist die **Vertiefung der sozialen Dimension Europas**. Luxemburg wird seinen Fokus dabei auf Investitionen in soziale Belange und Humankapital legen. Wichtige Themen in diesem Bereich sind zudem die Gleichstellung von Männern und Frauen, der Grundsatz der Nichtdiskriminierung und die öffentliche Gesundheit. Weitere Maßnahmen in den Bereichen Sport, Bildung, Jugend und Kultur haben zum Ziel, den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und aktiven Beteiligung der Bürger am politischen Leben zu ermöglichen.

Ein gewichtiger Themenkomplex der Ratspräsidentschaft Luxemburgs betrifft den **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**. In diesem Bereich ist aufgrund der sich seit einigen Monaten stetig zuspitzenden Flüchtlingsproblematik das Thema **Migration** von großer Bedeutung. Der Rat wird sich diesbezüglich mit sofortigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation im Mittelmeer befassen. Im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist zudem die **Terrorismusbekämpfung** ein wichtiges Thema. Luxemburg unterstützt die Umsetzung der von den Staats- und Regierungschefs in ihrer Erklärung vom 12. Februar 2015 beschlossenen Maßnahmen und Aktionen wie zum Beispiel verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen oder die Einrichtung eines europäischen Systems zur Erfassung von Fluggastdaten.

Nr. 04/15 (3. Juli 2015) © 2015 Deutscher Bundestag

Verfasser/in: Nele Behrends - Fachbereich Europa (PE 6)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote des Fachbereichs Europa geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung P, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.



Weiterhin soll sich der Rat unter dem Vorsitz Luxemburgs mit der Reform des Gerichtshofes der Europäischen Union durch die Erhöhung der Richterzahl am Gericht der Europäischen Union und der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft befassen, welche Untersuchungs- und Strafverfolgungsaufgaben bei Betrugsfällen zu Lasten des EU-Haushalts wahrnehmen soll.

Die luxemburgische Ratspräsidentschaft unterstützt eine **Wiederbelebung der Dynamik des Binnenmarkts durch Digitalisierung**, wodurch insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gestärkt werden sollen. Ziel ist die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und die Weiterentwicklung des Binnenmarktes. Neben einer Modernisierung der Urheberrechte will sich Luxemburg vor allem mit den Bereichen Energie und Verkehr befassen.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion verfolgt Luxemburg während seiner Ratspräsidentschaft die **Ausrichtung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit an einem globalen und transparenten Rahmen**. Luxemburg betont, dass neben Investitionsverbesserungen zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen unverzichtbar sind. Weitere Themenschwerpunkte sind europäische Vorhaben in den Bereichen Steuerbetrug und -hinterziehung, ein Informationsaustausch über Steuervorbescheide, Bemessungsgrundlagen für Körperschaftssteuern und Unternehmensbesteuerung. Unter dem Vorsitz Luxemburgs im Rat soll die EU auf den Abschluss bilateraler Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA), Vietnam und Japan hinarbeiten. In der Diskussion um das Freihandels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) will Luxemburg sich für ein Maximum an Transparenz einsetzen.

Das Wirtschaftswachstum innerhalb der EU soll nach dem Willen des Vorsitzes nachhaltig und umweltverträglich sein. Gerade in den Bereichen Landwirtschaft und Fischereipolitik müsse **Nachhaltigkeit** das Grundprinzip zukünftiger Entwicklungen sein. Ein besonderer Fokus der Ratspräsidentschaft Luxemburgs liegt in diesem Bereich auf der 21. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember 2015 in Paris.

Ein wichtiges Anliegen der Ratspräsidentschaft ist die **Stärkung der Präsenz der Europäischen Union in der Welt**. Dabei hat sich Luxemburg als Vorsitz im Rat vorgenommen, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Entwicklung einer neuen außenpolitischen Strategie der EU zu unterstützen. Ein weiteres Ziel der Ratspräsidentschaft sind Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen mit den Ländern des westlichen Balkans und mit der Türkei, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Ein wichtiger Termin in diesem Themenbereich ist das 12. Asien-Europa Außenministertreffen (Asia-Europe Meeting - ASEM) vom 5. bis 6. November in Luxemburg. Weiterhin hat Luxemburg im europäischen Jahr der Entwicklung die Kohärenz entwicklungspolitischer Maßnahmen zu einer Priorität erklärt.

Luxemburg wird die Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2016 an die Niederlande übergeben.

Quelle: Programm der luxemburgischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen, online abrufbar:
http://www.eu2015lu.eu/de/la-presidence/a-propos-presidence/programme-et-priorites/PROGR_POLI-TIQUE_DE.pdf